

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche

Paul Frölich sprechen
Siegfried Räder Dienstag
19,30 Uhr
Ammerstraße und Reichsbanner
in zwei öffentlichen Massenkundgebungen!

Bezirk Ostfachsen
Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark 2,50 M. (halbjährlich 12,50 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Al. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15 699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Al. Osterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: 3,20 M. / Anzeigen-Annahme: bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Al. Osterbahnstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises / Konkrete Anzeigen oder deren Raum 0,35 RM. für Familienkreise ausschließlich an dem dreifachen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15 699, Dresdner Verlagsgesellschaft

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 18. August 1928

Nummer 193

Roter Aufmarsch in Leipzig gegen Panzerkreuzer-Regierung — für die Verteidigung der Sowjetunion

Morgen Sonntag den 19. August marschieren die Arbeiterbataillone der roten Klassenfront in Leipzig auf, ihren unbezwingbaren Willen zum Kampf gegen die Kriegsfrent der deutschen Trustbourgeoisie und der Sozialimperialisten, für die Klassenforderungen des Proletariats, für die Verteidigung der Sowjetunion zu bekunden.

Erst vor wenigen Monaten haben über eine Million Arbeiter im roten Berlin den aus allen Gebieten des Reiches eingetroffenen hunderttausend Soldaten der roten Klassenfront zugejubelt. Das war der Auftakt zum außerparlamentarischen Kampfs des Proletariats gegen die Koalitions- und Kriegspolitik der bürgerlich-sozialdemokratischen Front.

Alle bisher eingetroffenen Meldungen bestätigen, daß das Rote Treffen in Leipzig eine Beteiligung ausweisen wird, die in Anbetracht des Umstandes, daß es sich nur diesmal um ein Landestreffen handelt, der Beteiligung des Pfingsttreffens nicht nachsteht dürfte. Nicht nur die roten Frontkämpfer, auch die Massenorganisationen des Proletariats, Betriebsdelegationen, marschieren aus allen Städten Mitteldeutschlands, aus Berlin, Hamburg, Steintin in Leipzig auf. Das Proletariat begreift, daß dem Roten Treffen in Mitteldeutschland diesmal eine weit über den Rahmen eines Landestreffens hinausgehende Bedeutung zukommt.

Am 27. Mai riefen die Partei und der KPD den 9 Millionen sozialdemokratischen Wählern zu: Die sozialdemokratischen Führer werden euch betrügen und verraten. Am 27. Mai, unmittelbar nach den Wahlen, hat unsere Kampfanzeige an die Koalition wohl ein bestärktestes Echo in breitesten Kreisen der Arbeiterschaft gefunden. Die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler hat jedoch unseren Kampf- und Warnungsruf noch nicht verstanden. Heute ist es anders. Wenn heute die Soldaten der roten Klassenfront in einer Hochburg der Sozialdemokratie wie Leipzig aufmarschieren und den Massensturm gegen die Panzerkreuzerregierung, gegen den Panzerkreuzererrat der Sozialdemokratie verkünden, wenn sie die Losung der kommunistischen Partei: Volkentscheid gegen Panzerkreuzer, in die werktätigen Massen Leipzigs hineintragen, werden sie ein Echo finden, das hoffnungsvoll breiter ist als jenes am Tage des Pfingst-

aufmarsches war. Zehntausende sozialdemokratischer Wähler, die bisher sich durch den doppelten Beitrag der Sozialdemokratie, durch die Koalitionspolitik und durch die „linke“ Scheinopposition gegen die Koalitionspolitik, für die Zwecke der Bourgeoisie einzufangen ließen, erwachen aus ihren Illusionen. Der rote Aufmarsch gegen die Panzerkreuzerpolitik, gegen die Kriegsvorbereitungen der Koalitionsregierung wird im Augenblick der tiefsten Erschütterung der sozialdemokratischen Wählermassen den Weg weisen, den neuen Weg, den sie zu gehen haben:

den Weg der proletarischen Einheitsfront gegen die Kriegsfrent der Bourgeoisie und der SPD, die Sammlung der breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung, zum entschlossenen Kampf für Lohn und Brot, für den Sturz der Bourgeoisie, für den Sozialismus!

Das Rote Treffen in Mitteldeutschland ist ein gewaltiger Protestaufmarsch nicht nur gegen die Kriegsvorbereitungen der Koalitionsregierung, sondern auch gegen die Ausschlus- und Spaltungspolitik in den Gewerkschaften, Sport- und Massenorganisationen der Arbeiterschaft, die den Zweck verfolgen, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterschaft zu isolieren, die Einheit der Arbeiterbewegung zu zerstören, die Klassen-

front des Proletariats zu schwächen. Auch diese besondere Note des Roten Treffens hat eine weit über Mitteldeutschland hinausgehende Bedeutung. Einzig und allein der unbezwingbare Kampfwille des Proletariats kann dem Spaltungskurs Einhalt gebieten. Einzig und allein der unbezwingbare Kampfwille um die Erhaltung der Einheit der Arbeiterbewegung kann auch die Arbeiter, die noch nicht mit uns gehen, davon überzeugen, daß ihr Wunsch nach einer Einheit nur durch Anschlag an unseren gemeinsamen Kampf Erfüllung finden kann.

Die kommunistische Partei sendet den Roten Frontkämpfern, die in Leipzig am 19. August aufmarschieren, heiße Kampfeskämpfe. Schulter an Schulter mit den Soldaten der roten Klassenfront werden wir, wie bisher, auch in Zukunft kämpfen gegen imperialistischen Krieg, gegen Faschismus und Reformismus, Schulter an Schulter werden wir mit ihnen in der nächsten Zeit den Kampf gegen die Panzerkreuzerregierung und die Panzerkreuzerreaktion führen. Der besondere Sinn des Kampfaufmarsches in Mitteldeutschland ist der Appell an die sozialdemokratischen Wähler, den Bruch mit der Verräterpartei zu vollziehen und sich der roten Front, der KPD, dem Roten Frontkämpferbund, ihrem revolutionären Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die deutsche Trustregierung anzuschließen!

Die preußische SPD billigt Panzerkreuzer Gegen den Austritt aus der Koalition

Berlin, 16. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

Der Parteivorstand der Landesorganisationen der SPD in Preußen nahm gestern zur politischen Lage Stellung. Mit 28 gegen 6 Stimmen trat der Parteivorstand dem Beschluß des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion vom Mittwoch bei. Vor allem mißbilligte der Parteivorstand die unmögliche und unangebrachte Eile, mit der der Beschluß des Reichskabinetts gefaßt wurde. Die sozialdemokratischen Minister hätten dafür sorgen müssen, daß die Partei Gelegenheit gehabt hätte, zur Frage Stellung zu nehmen.

Der Parteivorstand erklärte, daß er es für einen schweren politischen Fehler halten würde, wenn die Panzerkreuzerangelegenheit zum Anlaß einer Regierungskrise genommen würde.

Der Beschluß der preußischen Parteinstanzen bestätigt die Richtigkeit unserer Feststellungen, daß die SPD-Führer und der Parteivorstand nicht im geringsten daran denken, den Panzerkreuzerland zum Anlaß zu nehmen, die sozialdemokratischen Minister aus der Koalitionsregierung zurückzuberufen. Nachdem die sozialdemokratische Presse in der ersten Beirung über den Panzerkreuzerbeschluß, unter dem Druck der Arbeiter einige radikale Töne anschlug und den Austritt aus der Koalitionsregierung forderte, beginnt sie jetzt unter gleichzeitiger Heße gegen die Kommunisten die Unterwerfung unter die Panzerkreuzerpolitik vorzubereiten. In dieser Linie liegt beispielsweise auch die Wiedergabe einer großen Zahl Pressestimmen der SPD-Zeitungen in der Dresdener Volkszeitung, in denen mehr oder weniger Widerlegungsgründe für den Panzerkreuzerbeschluß angegeben werden und die sich teils in ganz entschiedener Weise gegen die Forderung auf Austritt aus der Koalition wenden. Im Vorwärts und in der Schwäbischen Tagwacht wendet sich der Reichstagsabgeordnete Keil gegen den Leipziger Radikalismus und kommt zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie den Kreuzerbau betrimpt habe. Sie dürfe sich durch einen Austritt aus der Regierung nicht der Möglichkeit berauben, in Zukunft ähnliche Beschlüsse zu verhindern.

In der gleichen Nummer der Schwäbischen Tagwacht schreibt der Landtagsabgeordnete Dr. Schumacher, man dürfe nicht Hals über Kopf aus der Regierung herausstürzen, es sei politisch unmöglich, schon beim ersten Zusammenstoß eine so groß angelegte Stellung zu räumen. Das würde der Sozialdemokratie als Mangel an Ernst in ihrer Regierungspolitik bis tief in die proletarischen Massen hinein angekreidet werden. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum hätten den dringenden Wunsch, unter allen Umständen die Sozialdemokratie regelrecht hineinzulegen und ihr Schwertgefeite zu bereiten. Die sozialdemokratischen Minister müßten die gleiche robuste Koalitionspolitik machen und verhindern, daß das Staatsgefühl der erwachenden Arbeitermassen zugunsten der Bürgerlichen in Anspruch genommen werde.

Neben diesen Bestrebungen den empörten Arbeitern in der SPD einige Argumente zur Verteidigung dieses Beschlusses vorzusetzen, bemüht man sich selbstverständlich, die Bewilligung des Panzerkreuzers als eine „taktische Dummheit“, als einen „persönlichen Fehler“ der Minister hinzustellen und zu verurteilen, um auf diese Weise am besten um die Kernfragen herumzukommen und nach der Beurteilung dieses Fehlers“ der alten Kurs der Koalitionspolitik fortsetzen zu können.

Die Vorbereitung zum Volksentscheid

Entsprechend den Beschlüssen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei wird die kommunistische Reichstagsfraktion den Organisationen, die sich im Kampfe gegen neue Kriegsvorbereitungen und neue Massenbelastungen beteiligen wollen, den Vorschlag, eines Geheimes auf Verbot des Reiches von Panzerkreuzern und Kreuzern unterbreiten. Der entscheidende Paragraph des für die Vorbereitung ausgearbeiteten Entwurfes soll lauten:

„Der Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art ist verboten.“

Gegenüber allen Behauptungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, ein solcher Volksentscheid sei aus Grund der Verfassung nicht zulässig, stellt die kommunistische Reichstagsfraktion ausdrücklich fest, daß der vorgesehene Wortlaut vollkommen den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und zugelassen werden muß.

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert alle Organisationen, die sich an der Einreichung eines solchen Gesetzesvorschlages für den Volksentscheid beteiligen wollen, hierdurch auf, eine entsprechende Mitteilung an das Sekretariat der kommunistischen Reichstagsfraktion, Berlin, 1. Obergieshoh, Zimmer 11, zu richten. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird ihrerseits an alle Organisationen, von denen sie annehmen kann, daß sie sich der Volksentscheidsbewegung gegen den Panzerkreuzerbau anschließen, mit einer Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung über die Einzelheiten des Gesetzes und die Durchführung der Massenbewegung herantreten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert die Arbeiter in den Betrieben, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen hierdurch auf, sofort zu dem Volksentscheidsvorschlag Stellung zu nehmen. Die Mitglieder der kommunistischen Reichstagsfraktion sind bereit, in Großbetrieben und Gewerkschaftsversammlungen auf Anforderung über die Notwendigkeit und die Durchführung einer Massenbewegung gegen den Panzerkreuzerbau zu sprechen.

Die Wahlparole der SPD

aus der Wahlzeitung der SPD Nr. 2



„Militärisches Weiß hat der Kreuzer natürlich nicht. Aber wir müssen ihn bauen, damit die Welt sieht, daß wir unser Geld auch anders rauschmeißen können, als nur für laute Gründungen.“